



Fachbereich Handel

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Landesbezirk Bayern

P R E S S E I N F O R M A T I O N

29. Juni 2021

Dritte Tarifverhandlung im bayerischen Einzel- und Versandhandel ergebnislos beendet

Telefon: 089/5 99 77-390

Telefax: 089/5 99 77-490

Arbeitgeber bieten Reallohnsenkung und fordern dafür Spaltung der Beschäftigten

München, 28.06.2021. Im Vorfeld der 3. Tarifverhandlung im bayerischen Einzel- und Versandhandel haben Beschäftigte aus über 100 Betrieben in knapp 400 Streikaktionen ihre Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht. Dies führte zwar zu einem verbesserten Angebot, das aber dennoch weit hinter den Erwartungen und Realitäten der Beschäftigten zurückbleibt. ver.di kündigt die Ausweitung der Arbeitskampfmaßnahmen an.

„Beschäftigte haben in den letzten Wochen mit mutigen Streikaktionen ihre Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht. Denn sie haben in der Pandemie einen Umsatzrekord unter schwierigsten Bedingungen erwirtschaftet und erwarten Wertschätzung auch beim Gehalt“, erklärte Hubert Thiermeyer, ver.di Verhandlungsführer in Bayern

„Diese Streikaktionen zeigten Wirkung. Trotzdem bedeutet auch das neue Angebot Reallohnsenkung für alle Beschäftigten, da es nicht einmal die Preissteigerung ausgleicht. Es spaltet die Beschäftigten und erhöht die Gefahr der Altersarmut enorm“, so Thiermeyer weiter.

Konkret boten die Arbeitgeber für 2021 nach zwei Nullmonaten 2,0 %. Erst in 2022 soll es weitere 1,4 % und nach 24 Monaten 2,0 % geben - bei einer Laufzeit von 36 Monaten. Eine nicht tabellenwirksame Einmalzahlung von 300 € für Vollzeitkräfte soll das Angebot ergänzen.

Für Unternehmen, die von Pandemieauswirkungen betroffen sind, soll es 2021 keine Erhöhung geben, erst zum 1.03.2022 soll es 2,0 %, zum 1.11.2022 1,4 % und zum 1.11.2023 2,0 % geben. Die Einmalzahlung sollen die betroffenen Beschäftigten nicht erhalten.

„Handelskonzerne, welche eindeutige Krisengewinner sind, verstecken sich hinter Krisenbetrieben. Der gesamte bayerische Einzelhandel hat 2020 – im Pandemiejahr – nominal 7,9% und real 6,8% mehr Umsatz erwirtschaftet – durch die harte und engagierte Arbeit der Beschäftigten. Und nun fordern dieselben Konzerne eine auf drei Jahre gestaffelte Entgelterhöhung, die nicht mal die Preissteigerung ausgleicht. Auch Betriebe, die Kurzarbeit angemeldet haben, haben durch das massive Engagement der Beschäftigten im unternehmenseigenen Online- und Versandhandel hohe Umsätze und Gewinne bei minimalen Personalkosten erwirtschaftet. Und doch wird die Pandemie nun als Begründung angeführt, dass die Beschäftigten neben den Verlusten durch Kurzarbeit nun auch noch bei den Gehältern draufzahlen sollen“, so Thiermeyer abschließend.

Internetadresse: www.handel.bayern.verdi.de
Mail: hubert.thiermeyer@verdi.de

ver.di kündigte die Ausweitung der Streikaktionen an.

Die Verhandlungen werden am 29.07.2021 fortgesetzt.

Für Rückfragen:

Hubert Thiermeyer, ver.di Verhandlungsführer 0170 / 3341345

Hintergrundinformationen:

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) fordert in beiden Branchen eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 4,5 % plus 45 € im Monat. Im Einzel- und Versandhandel sollen die unteren Beschäftigtengruppen und Löhne auf ein Mindesteinkommen von 12,50 € in der Stunde angehoben werden. Die Laufzeit der Tarifverträge soll 12 Monate betragen

Die Tarifverträge des bayerischen Handels sollen wieder allgemeinverbindlich werden, damit Dumpingkonkurrenz und Vernichtungswettbewerb wirksam bekämpft werden. Für tarifgebundene Krisenunternehmen/-betriebe will

In der 2. Tarifverhandlung am 8.06.2021 boten die Arbeitgeber für 2021 nach zwei Nullmonaten 1,0 %, erst in 2022 weitere 1,4 % und nach 24 Monaten soll es bei einer Laufzeit von 36 Monaten 2,0 % geben. Eine nicht tabellenwirksame Einmalzahlung von 1,4% des individuellen Bruttomonatsgehalt für die Monate Juli 2021 bis April 2022 soll das Angebot ergänzen.

Für Unternehmen, die von Pandemieauswirkungen betroffen sind soll es 2021 keine Erhöhung geben, erst zum 1.03.2022 soll es 1,0 %, zum 1.11.2022 1,4 % und zum 1.11.2023 2,0 % geben. Die Einmalzahlung sollen die Beschäftigten nicht erhalten.

ver.di durch differenzierte Unternehmenstarifverträge Lösungen zur Zukunfts- und Beschäftigungssicherung erreichen.

Die Legitimität der beschlossenen Forderungen untermauert eine breite Beschäftigtenbefragung an der sich binnen vier Wochen knapp 4.200 Kolleginnen und Kollegen beteiligten. Dort gaben 64 % an, Probleme zu haben, mit ihrem derzeitigen Gehalt den Lebensunterhalt zu bestreiten. 81 % schätzten ein, dass ihre Rente aus dem derzeitigen Gehalt nicht vor Altersarmut schützt. 76 % unterstützen eine überproportionale Anhebung der unteren Einkommen und 90 % fordern die Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge im Einzelhandel.

Im bayerischen Einzel- und Versandhandel sind lt. Bundesagentur und IAB 553.000 Menschen beschäftigt. Knapp 50 % der Beschäftigten arbeiten in Teilzeit und 70 % der Beschäftigten sind Frauen. 2020 erwirtschafteten laut Statistischen Bundesamt die Beschäftigten im bayerischen Einzelhandel nominal 7,9 % mehr Umsatz und real 6,8 % mehr Umsatz.